



# home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe November/Dezember 2016

## BKA befürchtet mehr Gewalt von rechten Gruppen

Das Bundeskriminalamt (BKA) verzeichnet eine zunehmende Gewaltbereitschaft von politisch rechts stehenden Gruppierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte, Politiker und Menschen, die sich für Migranten engagieren. In ihrem aktuellen Lagebericht weist die Bundesbehörde seit Jahresbeginn bereits 317 Straftaten gegen Politiker aus, die ausschließlich asylpolitisch motiviert waren. Von diesen Taten wurden 212 von Rechten begangen, 9 gingen auf das Konto von Linken und 93 waren nicht zuzuordnen, wie die „Zeit“ aus dem BKA-Bericht zitiert. Hinzu kamen demnach 144 Straftaten gegen ehrenamtliche Helfer oder Organisationen, die sich für Flüchtlinge einsetzen.

Nach dieser BKA-Statistik ging die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte seit Jahresbeginn zwar zurück, die Behörde geht jedoch nicht von einer wesentlich niedrigeren Gesamtsumme am Jahresende aus als im Rekordjahr 2015. Darüber hinaus befürchtet das BKA, dass die Gewalttäter bei ihren Aktionen immer mehr auch Tötungsdelikte in Kauf nehmen und mit der Bildung krimineller Gruppen, regelrechter Terrorzellen, zu rechnen ist.



© shutterstock /rkl\_foto

### 2016: Mehr Abschiebungen als im Vorjahr

In diesem Jahr sind bis Ende Oktober bereits 21.789 abgelehnte Asylbewerber aus Deutschland in ihre Heimat zurückgeschickt worden. Damit stieg die Zahl der Abschiebungen von Ausländern aus Deutschland im Vergleich zum Vorjahr deutlich an: Im Jahr 2015 wurden 20.888 Menschen abgeschoben. Wie aus Daten des Bundesinnenministeriums (BMI) hervorgeht, kommen zu den Abschiebungen noch die sogenannten Zurückschiebungen hinzu, etwa infolge illegaler Einreise oder weil bereits in einem anderen EU-Land ein Asylantrag gestellt wurde. Bis zum Ende dieses Jahres könnte nach Schätzungen der Bundespolizei die Zahl der aus Deutschland abgeschobenen Menschen auf 26.500 anwachsen, berichtet die „Rheinische Post“.

### Bamf: 2016 kommen weniger als 300.000 Flüchtlinge nach Deutschland

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) geht davon aus, dass in diesem Jahr weniger als 300.000 Flüchtlinge nach Deutschland gelangen werden. Damit würden die ursprünglich höheren Erwartungen nicht erfüllt. Unter der Voraussetzung, dass das Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei ebenso eingehalten werde wie die Absprachen mit Griechenland sowie Italien, sei eine Zuwanderung von deutlich unter 300.000 Menschen realistisch, sagte Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR).

# Eritrea – das Nordkorea Afrikas

*Einst galt das Land am Horn von Afrika als Hoffnungsträger, inzwischen hat es international den wenig schmeichelhaften Beinamen „Nordkorea Afrikas“. Die Rede ist von Eritrea, das sich Anfang der 90er-Jahre nach einem rund 30 Jahre währenden Unabhängigkeitskrieg von Äthiopien abtrennte. Damals hoffte man dort noch auf den Aufbau einer freien Gesellschaft mit demokratischen Strukturen und Institutionen. Doch seit 1993 hat eine repressive Regierung unter Staatspräsident Isayas Afewerki das Land buchstäblich in seiner Gewalt, wie es nicht nur Exil-Eritreer schildern. Es ist nur eine Partei in Eritrea zugelassen mit dem schillernden Namen „People’s Front for Democracy and Justice“, es gibt keine politische oder gar parlamentarische Opposition, ebenso wenig wie freie Medien. Unabhängige Berichterstattung durch ausländische Journalisten wird gleichfalls verhindert. Auch jegliche Form einer organisierten Zivilgesellschaft sei verboten, berichtet etwa Amnesty International.*



© Shutterstock / Matej Hudovernik

Die Kritik von Menschenrechtsorganisationen an den Zuständen in dem Land am Roten Meer deckt sich vielfach mit den Eindrücken, die eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen jüngst veröffentlichte. Demnach ist Eritrea ein autoritärer Staat ohne unabhängige Justiz, ohne Nationalversammlung und verfügt über keine demokratischen Einrichtungen. Schlimmer noch, die UN legt der dortigen Regierung schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last, wie systematische Folter, Mord, Vergewaltigungen und Versklavung. Zusammenfassend nennt Amnesty International Eritrea eines der repressivsten Regime der Welt. Kritiker solch negativer Einschätzungen Eritreas bemängeln allerdings, dass diese fast ausschließlich auf den Aussagen von Exil-Eritreern beruhen würden. Das gilt demnach auch für die Mitglieder der UN-Menschenrechtskommission, die

nicht in das Land einreisen durften. Doch wenn die Berichte der aus Eritrea Geflohenen auch nur teilweise zutreffen, nimmt es nicht Wunder, dass das Land in einer traurigen Statistik global mit an der Spitze liegt: bei den Flüchtlingszahlen. Nach Erhebungen der Vereinten Nationen fliehen jeden Monat rund 5.000 Menschen aus Eritrea, einem Land, dessen Bevölkerung 2013 mit rund 6,5 Millionen Einwohnern angegeben wurde. Rund 70.000 Eritreer schafften in den vergangenen beiden Jahren die Flucht nach Europa – häufig auf dem lebensgefährlichen Weg in Booten über das Mittelmeer. Diese Menschen vom Horn von Afrika gelten als willkommene Opfer für die kriminellen Schlepperbanden. Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) waren im vorigen Jahr mehr als 338.000 Eritreer auf der Flucht.

## ERITREA – Staat im Nordosten Afrikas

- knapp 6,5 Millionen Einwohner (2013)
- am Roten Meer gelegen, gegenüber von Saudi-Arabien und dem Jemen, Nachbarn Äthiopien, Dschibuti, Sudan
- Hauptstadt Asmara
- seit 1993 unabhängig, seitdem autoritäre Ein-Parteien-Regierung unter Präsident Isayas Afewerki
- Bevölkerung setzt sich aus neun Volksgruppen zusammen, jeweils rund zur Hälfte Christen und Muslime
- ehemaliges italienisches Kolonialgebiet, eins der am wenigsten entwickelten Länder der Welt
- 2014 im Welthunger-Index 2014 auf dem vorletzten Platz
- reiche Bodenschätze, z. B. Kupfer und Gold
- aber 80 Prozent der Bevölkerung leben von unproduktiver Landwirtschaft, zwei Drittel der Bevölkerung brauchen Lebensmittelhilfe, mehr als die Hälfte der Eritreer sind unterernährt, immer wieder Hungersnöte

Aufgrund der Lebensumstände in ihrer Heimat haben Flüchtlinge aus Eritrea nach den Syrern die höchste Anerkennungsrate in der EU: Sie liegt bei 80 Prozent. Dabei ist zu betonen, dass in Eritrea, im Gegensatz zu Syrien oder Somalia, einem anderen Land mit sehr hohen Flüchtlingszahlen, offiziell kein Krieg herrscht. Dafür aber der Terror der Regierung gegen die eigene Bevölkerung, wie Menschenrechtler meinen. Aus ihrem Land getrieben werden die Eritreer demnach nicht nur durch Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, durch Folter und Gewalt. Eine Willkürmaßnahme, die insbesondere viele junge Eritreer dazu bringt, ihrer Heimat den Rücken zu kehren, ist die sogenannte Wehrpflicht, die für Männer und Frauen ab 18 Jahren gleichermaßen gilt. Sogenannt deshalb, weil Berichten zufolge dieser offiziell als Militärdienst bezeichnete „National Service“, der eigentlich offiziell auf 16 Monate begrenzt ist, in der Realität nur allzu oft in jahrelange Zwangsarbeit in Staatsbetrieben ausarten soll. Dafür gibt es nur ein kümmerliches Entgelt, wer dem Dienst für die Nation zu entkommen versucht, wird als Verbrecher inhaftiert.

Inzwischen soll aber auch die Regierung in der Hauptstadt Asmara erkannt haben, dass der massenweise Exodus der jungen Eritreer das Land schwächt. Dabei profitiert sie selbst noch von den flüchtigen Staatsbürgern. Denn diese überweisen nicht nur Geld an ihre in der Heimat zurückgebliebenen Verwandten. Die Regierung erhebt darüber hinaus eine sogenannte „Aufbausteuer“. Die muss jeder Eritreer, der im Ausland lebt, an den heimischen Staat abführen, sei es von seinem Arbeitsverdienst oder von der Sozialhilfe. Von jedem Netto-Einkommen sind zwei Prozent an die Regierung in Asmara zu überweisen. Das gilt ebenfalls für ehemalige Eritreer, die bereits eine andere Staatsangehörigkeit haben. Auch von ihnen verlangt der eritreische Staat die „Aufbausteuer“ und er scheint beim Betreiben dieser Abgabe sehr erfolgreich vorzugehen. Denn im Ausland lebende Eritreer erzählen, dass für jede amtliche Bescheinigung aus dem Land erst der Nachweis der entrichteten Steuer erbracht werden muss. Dieser soll sogar selbst

für das Verschicken von Paketen nach Eritrea erforderlich sein. Druck auf säumige Steuerzahler im Ausland wird gegebenenfalls auch in Form von Repressalien gegen im Land verbliebene Verwandte ausgeübt, wie vielfach zu hören ist.



Ein weiteres Druckmittel, mit dem die Regierung Eritreas ihre Bürger Berichten zufolge drangsaliert, ist die „Taesa“. Dabei handelt es sich um eine Art Geständnis, in dem illegale Emigranten dem Staat ihre Schuld eingestehen und ihn ermächtigen, den Geständigen nach Belieben zu bestrafen. Begründung: nationale Pflichten nicht erfüllt, was einem Verbrechen gleichkommt. Wer diese

Taesa unterschreibt, macht sich nicht nur selbst zur Geisel der Regierung von Eritrea, sondern auch seine daheimgebliebenen Familienangehörigen, klagten Flüchtlinge. So müssen selbst die Menschen, die dem Regime in ihrer afrikanischen Heimat entkommen sind, noch finanziell dazu beitragen, diese Regierung an der Macht zu halten.

# Studie: Flüchtlinge können Fachkräftemangel nicht beheben

**D**ie deutsche Wirtschaft leidet bekanntlich unter einem Mangel an Fachkräften. Kann der durch Migranten gelindert werden? Nein, meint mehr als jeder zweite Bundesbürger. Diese Meinung deckt sich mit der Einschätzung von drei Vierteln der Deutschen, dass Flüchtlinge im Durchschnitt einen niedrigen Bildungsstand haben. Dementsprechend glauben 53 Prozent der Bundesbürger auch nicht, dass die Flüchtlinge dabei helfen werden, den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft zu verringern.

Gegensätzlicher Ansicht sind lediglich 33 Prozent der Deutschen. Das geht aus dem aktuellen Bildungsbarometer 2016 hervor, das vom ifo-Zentrum für Bildungsökonomik erstellt wurde.

Mit 75 Prozent sprach sich in der Erhebung die deutliche Mehrheit der Befragten für staatlich finanzierte verpflichtende Sprachkurse aus. Die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling sollen nach Ansicht der Hälfte der Befragungsteilnehmer allerdings eher unverändert bleiben.

Auch aus Sicht der deutschen Wirtschaft können die meisten jungen Flüchtlinge nicht in kurzer Zeit zu qualifizierten Arbeitnehmern ausgebildet werden. Das brauche Zeit, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Eric Schweitzer, der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Es behinderten insbesondere mangelnde Deutschkenntnisse und die Asylverfahren einen schnellen Beginn der Ausbildung von Flüchtlingen.

## Deutsche für mehr interkulturellen Austausch mit Nachbarn

**V**iele Deutsche möchten ihre Nachbarn aus anderen Kulturkreisen gern besser kennenlernen und sich mit ihnen austauschen. Das ergab jetzt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest im Auftrag der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und der Deutschen Bank. Darin äußerten 36 Prozent der Befragten den Wunsch nach einem intensiveren Kontakt mit Menschen aus der Nachbarschaft mit anderen kulturellen Wurzeln. Außerdem wünschten sich 33 Prozent der Umfrageteilnehmer mehr nachbarschaftlichen Einsatz für Flüchtlinge.

Das Bedürfnis nach interkulturellem Austausch nimmt der Umfrage zufolge mit zunehmendem Alter der Befragten ab: So gaben in der Befragung 43 Prozent der 14- bis 29-Jährigen an, engere Bekanntschaft mit ihren Nachbarn aus anderen Ländern anzustreben. So

aufgeschlossen gegenüber anderen Kulturen sind dagegen nur noch 31 Prozent der 50- bis 59-Jährigen.

In dieser Hinsicht würden sich Begegnungs-Initiativen mehr Zugänglichkeit wünschen. Denn aufeinander zugehen und sich gegenseitig kennenlernen sei die Voraussetzung für gelungene Integration, findet etwa Esther Bernsen von dem Verein „Über den Tellerrand“, der in diesem Jahr im Rahmen des Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet wurde. Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank prämiieren bei diesem Wettbewerb Ideen und Projekte, „die die Potenziale von Nachbarschaft im Sinne von Gemeinschaft, Kooperation und Vernetzung nutzen und gegenwärtige oder künftige gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen können“.

---

### IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE  
Alfredstraße 234  
45133 Essen  
DEUTSCHLAND  
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der  
European Homecare GmbH  
Alfredstraße 234  
45133 Essen



Stiftung  
Soziale Dienste